

II-3692 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1833 1/1

1982 -04- 02

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Marga HUBINEK  
und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend Krankenkassenrückvergütung für im Ausland  
durchgeführte Zahnbehandlungen und Zahnersätze

In einem Prospekt des Budapester Heilbades Margareteninsel wird u.a. damit für die Durchführung von Zahnbehandlungen bzw. Zahnersätzen geworben, daß es auch dafür eine Rückvergütung seitens der sozialen Krankenversicherung gibt. Es heißt darin:

"Da Sie die freie Arztwahl haben, erstattet Ihnen Ihre Sozialversicherung jene Beträge in bar zurück, welche die Kasse an einen Vertragsarzt für Ihre Behandlung bezahlen hätte müssen. Ebenso erhalten Sie für Ihre benötigten Zahnersätze die tarifmäßigen Zuschüsse."

Nun werden immer öfter Klagen laut, daß die Qualität dieser ausländischen Behandlungen sehr oft nicht dem österreichischen Standard entspricht, was für die soziale Krankenversicherung in weiterer Folge zusätzliche Kosten bedeutet, weil entstandene Mängel saniert werden müssen.

Selbstverständlich wollen die Anfragesteller die freie Arztwahl grundsätzlich nicht in Frage stellen, doch erscheint diese indirekte Subventionierung derartiger ausländischer

Institutionen, die oft zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung der sozialen Krankenversicherung führt, problematisch. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. Wie beurteilen Sie den in der Anfragebegründung dargestellten Sachverhalt?
2. Was gedenken Sie in diesem Zusammenhang zu unternehmen, um in solchen Fällen eine zusätzliche Belastung der sozialen Krankenversicherung zu verhindern?